

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse

unter Vorsitz des geschäftsführenden Vorsitzenden Joachim Poß haben wir die Sommerpause mit unserer Fraktionsklausur beendet und die Grundlage für unsere Arbeit in den kommenden Monaten gelegt. Der schwarz-gelben Bundesregierung steht ein „heißer Herbst“ bevor. Die SPD wird den Widerstand gegen längere Atomlaufzeiten und die geplanten Einschnitte im Sozialbereich im Parlament anführen.

Bundeskanzlerin Merkel hat sich den wachsenden Protest gegen ihre Politik selbst zuzuschreiben: Merkel hat weder die Souveränität noch die Kraft, sich aus den Fängen ihrer Klientel zu befreien. So entsteht eine zutiefst ungerechte Politik. Bis zur Sommerpause hat Schwarz-Gelb nichts zustande gebracht und nicht regiert. Jetzt legt sie ihren Etatentwurf vor und wir müssen sagen: für das Land ist es fast sogar besser, wenn sie nicht regieren. Nun wird ausschließlich Klientelpolitik gemacht und die Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke.

Fortsetzung der sozialen Spaltung mit fiskalischen Mitteln – das ist der Kern des Bundeshaushalts 2011. Die Regierung kürzt bei den Schwachen und verteilt neue Privilegien an die wirtschaftlich Starken. Sie schneidet scharf in den Sozialhaushalt, kürzt bei der Integrationspolitik, präsentiert aber eine riesige Blase von Luftbuchungen, wo es z. B. um die Beteiligung der Finanzwirtschaft geht. Wir setzen dem ein Konsolidierungskonzept entgegen bei dem starke Schultern mehr tragen als schwache und die Schuldenreduzierung ökologisch sinnvoll und ökonomisch klug vorgenommen wird.

Wir haben uns auf der Klausursitzung natürlich auch mit den schwarz-gelben Atomplänen befasst und über eine zukunftsfähige Energiepolitik beraten. Für die SPD-Fraktion steht fest, dass am Atomausstieg nicht gerüttelt werden darf. Schwarz-Gelb kündigt mit ihrem Atom-Deal den gesellschaftlichen Konsens auf, der mit dem Rot-Grünen Atomausstieg vor zehn Jahren erzielt wurde. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird mit dem Ausstieg aus dem Atomausstieg gebremst, Milliarden-Investitionen in Zukunftstechnologien werden gefährdet, die Sicherheitsproblematik und die ungelöste Endlagerfrage weiter verschärft. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert demgegenüber eine Energiewende für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung.

Einstimmig verabschiedet haben wir darüber hinaus den Antrag, eine neue Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt“ einzusetzen. Ziel ist es, ein neues Verständnis von gesellschaftlichem Fortschritt, individuellem Wohlergehen und nachhaltiger Entwicklung jenseits der Fixierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu entwickeln. Außerdem haben wir ein Positionspapier zur Zukunft von Wehr und Zivildienst „Mut zu mehr Verantwortung und Freiwilligkeit – Bundeswehr zukunftsfähig machen und freiwillige soziale Dienste stärken“ beschlossen.

Eure Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE VERA NICOLAY
TELEFON (030) 227-510 99 **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUS: 17.09.2010, 12.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

- 02 **Topthema: Bundeshaushalt 2011**
- 03 Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“
- 04 Positionspapier „Wehr- und Zivildienst“
- 05 Für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung

TOPTHEMA

Bundeshaushalt 2011

Soziale Spaltung mit fiskalischen Mitteln

Die Fortsetzung der sozialen Spaltung mit fiskalischen Mitteln – das ist der Kern des Haushalts, der vom 13. bis 17. September in erster Lesung debattiert wurde. Sie kürzt bei den Schwachen und verteilt neue Privilegien an die wirtschaftlich Starken. Sie schneidet scharf in den Sozialhaushalt und kürzt bei der Integrationspolitik, präsentiert aber eine riesige Blase von Luftburchungen, wo es zum Beispiel um die Beteiligung der Finanzwirtschaft geht. Schwarz-Gelb ist die Koalition der Klientelpolitik und verletzt auf fundamentale Weise die Gerechtigkeit.

Eckdaten des Haushalts

Der Bund soll im kommenden Jahr 307,4 Milliarden Euro ausgeben können. Das sind 12,1 Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr (2010: 319,5 Milliarden Euro). Die Nettoneuverschuldung soll im kommenden Jahr 57,5 Milliarden Euro betragen. In diesem Jahr sind dafür 80,2 Milliarden Euro vorgesehen. Laut Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 soll die Neuverschuldung in diesem Jahr um rund 15 Milliarden Euro geringer ausfallen als im verabschiedeten Haushalt eingeplant. Die positive wirtschaftliche Entwicklung, auf die die Reduzierung der Neuverschuldung zurückzuführen ist, ist auch ein Ergebnis der maßgeblich von den SPD-Ministern in der Großen Koalition konzipierten Stabilisierungsmaßnahmen und Konjunkturpakete.

Den größten Einzeletat hat laut Haushaltsentwurf das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit 131,85 Milliarden Euro. Der zweitgrößte Etatposten ist die Bundesschuld (Zinsen, die der Bund für bestehende Schulden bezahlen muss) mit 38,1 Milliarden Euro. Verabschiedet werden soll der Haushalt 2011 in der Woche vom 23. bis 26. November 2010.

Schuldenbremse zur Begrenzung der Neuverschuldung

Mit diesem Etat muss die Bundesregierung auch erstmals die 2009 im Grundgesetz neu eingeführte sog. Schuldenbremse berücksichtigen. Der neu gefasste Art. 115 Abs. 2 GG gibt Bundesregierung und Parlament auf, dass ab 2016 die strukturelle Neuverschuldung des Bundes 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen darf. Eine konjunkturelle Komponente kommt dabei noch hinzu, die in konjunkturell schlechteren Zeiten zwar eine höhere Neuverschuldung

schuldung erlaubt, in konjunkturell besseren und guten Zeiten aber deren stärkere Rückführung durch verschärfte Sparanstrengungen oder Mehreinnahmen verlangt.

Bis 2016 müssen in einem konstanten Abbaupfad die Schulden um etwa 7 Milliarden Euro pro Jahr zurückgeführt werden. Diese grundgesetzliche Verpflichtung ist eine unverrückbare Linie auf dem Weg zurück zu einer vertretbaren und verantwortbaren Staatsverschuldung. Die Ausgestaltung bleibt aber Sache der politisch Handelnden – dazu bedarf es gerechter und solidarischer Grundsätze und eines klaren Kurses.

Die schwarz-gelbe Koalition hat mit ihrem „Sparpaket“ ihre Vorschläge vorgelegt. Sie sind eine Kampfansage an die Prinzipien der gerechten Lastenverteilung: Umfassende Kürzungen zu Lasten Arbeitsloser und auf Kosten von Investitionen stehen im scharfen Kontrast zu Klientelgeschenken, Steuerprivilegien und Luftbuchungen bei der Beteiligung der Finanzwirtschaft. Die Bundesregierung riskiert damit den inneren Frieden unseres Landes.

Statt nur die Ausgaben zu senken, muss die Regierung endlich die Einnahmen verbessern. Mit einer sinnvollen Vermögens- und Erbschaftssteuer, einem realistischen Spitzensteuersatz und der angemessenen Besteuerung von Finanzmarktgeschäften könnten Einnahmen generiert werden, die über Jahre hinweg faire und solidarische Politik ermöglichen würden.

Neuordnung der Finanzmärkte nicht schleifen lassen

Die konjunkturelle Erholung zur Mitte des Jahres war stark. Aber sie löst nicht die strukturellen Risiken und Gefahren, die uns die Finanzmarktkrise dramatisch vor Augen geführt hat. Daraus keine Lehre zu ziehen, wäre unverantwortlich. Die Lasten, die als Folge des Bankendesasters nach wie vor auf den öffentlichen Haushalten liegen, sind eine fortwährende Mahnung, die Neuordnung der Finanzmärkte nicht schleifen zu lassen. Zur gerechten Lastenverteilung und zur Begrenzung kurzfristiger Spekulation gehört die Finanztransaktionssteuer. Die Koalition aber ist in dieser Frage zerstritten. Die FDP will diese Steuer nicht. Die Union setzt sich nur halbherzig dafür ein. Ob sie kommt, steht in den Sternen. Die in der Finanzplanung ab 2012 dafür einkalkulierten zwei Milliarden Euro sind ein Luftschloss des Finanzministers. Wir setzen den Kampf um die Finanztransaktionssteuer fort.

Soziale Kälte statt Heizkostenzuschuss

„Soziale Kälte statt Heizkostenzuschuss“ scheint das Motto des neuen Bundeshaushalts zu sein. Der angebliche Sparwille der Regierung geht einzig zu Lasten der schon heute Armen. Der Sozialstaat soll nun dafür bluten, dass Banken und Großkonzerne nicht ausreichend an den Kosten der Wirtschaftskrise beteiligt werden. Mutwillig verschärft die Regierung mit ihrer Haushaltspolitik die soziale Spaltung. Fast zehn Prozent der Einsparungen betreffen den Bereich Arbeit und Soziales, und zwar an den empfindlichsten Stellen:

Die neue „Soziale Kälte“ von Schwarz-Gelb wird greifbar bei der Streichung des Heizkostenzuschusses. Die Regierung will diesen für Wohngeldempfänger abschaffen. Menschen also, die trotz Arbeit wenig verdienen und deshalb Anspruch auf Wohngeld haben, können sich damit faktisch die Heizung kaum noch leisten.

Arme Eltern werden künftig noch ärmer. Das bisher 300 Euro pro Monat betragende Elterngeld für ALG-II-Empfänger und Geringverdiener soll entfallen. Rund 130.000 betroffene Familien haben so im ersten Lebensjahr ihres Kindes 3.600 Euro weniger zur Verfügung. Das ist ungerecht und faktisch die Schaffung von Eltern 2. Klasse.

Auch die Abschaffung des befristeten Zuschlags zum ALG II ist zutiefst ungerecht. Bisher erhalten Menschen, nachdem sie von Arbeitslosengeld I ins ALG II abrutschen einen befristeten Zuschlag. Der dient dazu, den Übergang abzufedern und ehemals Arbeitende nicht unmittelbar gleichzustellen mit Langzeitarbeitslosen. Dies entspricht für uns dem Prinzip der Leistungsge-

rechtigkeit, indem die Lebensleistung berücksichtigt wird. Dieser Zuschlag soll nun ersatzlos entfallen.

Besonders absurd wird es, wenn die Regierung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik kürzt. Man bekämpft keine Armut, indem man Arbeitslosigkeit verstetigt. Bisher haben Arbeitslose neben den finanziellen Leistungen auch Anspruch auf Fortbildungs- und Beratungsleistungen. Dieser Anspruch soll entfallen und künftig nach dem Ermessen der Sachbearbeiter im Amt beurteilt werden. Ob dann immer fachliche Notwendigkeit statt Sparvorgaben das Hauptkriterium sind, darf zumindest bezweifelt werden.

Bildungsetat: Schavans Seifenblasen platzen eine nach der anderen

Der von der Bundesregierung vorgeschlagene Aufwuchs für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ist selbstverständlich positiv und findet unsere Unterstützung. Aber nicht einmal 58 Prozent der Mehrmittel für Bildung und Forschung werden tatsächlich in das zuständige Fachressort fließen. Ein großer Anteil geht etwa auch in das Arbeitsressort für die Umsetzung des Hartz-IV-Urteils aus Karlsruhe. Damit ist die großspurige Ankündigung der Koalition, bis 2013 den Etat des BMBF im Vergleich zu 2005 verdoppeln zu wollen, bereits jetzt Makulatur.

Besonders bitter ist, dass Ministerin Schavan sogar das Kunststück fertig bringt, trotz eines kräftigen Aufwuchses für das BMBF in zahlreichen Schlüsselbereichen der Bildung Kürzungen vornehmen zu müssen. Das trifft vor allem:

- die Begabtenförderung der Förderwerke;
- den Übergang von der Schule zur Berufsbildung;
- die aktive Ausbildungsförderung;
- die Verbesserung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse
- und die Weiterbildung.

Wenn etwas rund läuft in diesem Haushalt, dann sind es die bereits von Rot-Grün oder der Großen Koalition gestarteten Maßnahmen wie die Exzellenzinitiative, der Pakt für Forschung und Innovation und der von der SPD durchgesetzte Hochschulpakt, die alle Ansatzsteigerungen aufweisen.

Mit immer neuen Vorschlägen und Belehrungen hat die Ministerin die Länder immer mehr gegen sich aufgebracht, Schäuble den Ländern mit der Steuersenkungspolitik zudem auch bildungspolitisch die Luft abgeschnürt. Seitdem deshalb der Bildungsgipfel geplatzt ist, hat die „Bildungsrepublik“ Schlagseite und blockieren die Länder jede gemeinsame Maßnahme. Diese gegenseitige Blockade mit den Ländern kann sich Deutschland nicht leisten. Sigmar Gabriel hat deshalb in seiner Rede am 15. September der Kanzlerin einen Bildungspakt angeboten. Gemeinsam sollten Koalition und Opposition die „unselige Verfassungsänderung“ zur Trennung der Bildungszuständigkeit rückgängig machen. Diese Regelung im Grundgesetz verhindert eine vernünftige Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildungspolitik.

Schwarz-Gelbe Heuchelei in der Integrationsdebatte

Der Haushalt zeigt nicht zuletzt das Versagen von Schwarz-Gelb in der Integrationspolitik. Merkel redet viel von Integration, sie tut aber nichts dafür. Im Gegenteil, integrationspolitisch bedeutende Programme bei Bildung, Arbeit und städtischer Entwicklung werden systematisch zusammengestrichen. Integration fordern, aber bei Integrationspolitik streichen – das ist die Wahrheit der schwarz-gelben Gesellschaftspolitik.

- Integration heißt früher Besuch einer Kita. Den Kommunen aber wurde über Steuergeschenke an Klientelgruppen das Geld genommen, um den Ausbau der frühkindlichen Bildung voranzutreiben.
- Integration heißt gute Berufsausbildung. Bei Maßnahmen zur Berufsorientierung und Ausbildungsförderung aber setzt Schwarz-Gelb den Rotstift an.

- Integration heißt, eine zweite Chance zu bekommen. Schwarz-Gelb kippt den Rechtsanspruch auf Nachholen des Schulabschlusses und ersetzt ihn durch eine Ermessensleistung, damit auch hier gekürzt werden kann.
- Integration heißt, dass ausländische Abschlüsse anerkannt werden. Doch Schwarz-Gelb kürzt die entsprechenden Haushaltsansätze im Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Anerkennung von Leistungen und Zertifikaten.
- Integration heißt Arbeit. Doch Schwarz-Gelb will ausgerechnet bei der Arbeitsvermittlung in den kommenden Jahren immer schärfer kürzen.
- Integration heißt soziales Miteinander im Stadtteil zu stärken. Doch Schwarz-Gelb kürzt in der Städtebauförderung und gefährdet das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“. Die FDP verhöhnte diesen Ansatz geradezu, als sie in der Haushaltsdebatte 2010 rief: „Die Zeit der Errichtung von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund ist vorbei. Das gab es zu Zeiten einer anderen Koalition!“

Die Alternative: Gerecht sparen, wachstumsorientiert konsolidieren

Die Rückführung der Neuverschuldung kann nur mit den Menschen gelingen und nicht gegen sie. Nur wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger überzeugt von Notwendigkeit und Maßnahme ist, kann Konsolidierungspolitik erfolgreich sein. Nur wenn starke Schultern mehr tragen als schwache, kann Schuldenabbau gerecht sein. Nur wenn wir Zukunftsaufgaben finanzieren, kann Konsolidierung dauerhaft und nachhaltig sein. Für uns sind soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Zukunftsinvestitionen maßgeblich für jede konkrete Maßnahme. Schuldenreduzierung muss ökologisch sinnvoll und ökonomisch klug sein. Nur bei ökologisch und ökonomisch kluger Ausrichtung wird aus nachhaltiger Schuldenreduzierung eine wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik.

Die Grundsätze einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik werden durch fünf Säulen ausgestaltet. Wir wollen

1. Schulden abbauen und die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einhalten,
2. die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sichern und verbessern,
3. durch Investitionen Wachstum, Beschäftigung und Leitmärkte der Zukunft fördern,
4. unsinnige Staatsausgaben und Subventionen kürzen und
5. Schwerpunkte für Aufgaben des Staates setzen, die einer nachhaltigen finanziellen Ausstattung bedürfen. Dazu gehören in erster Linie Bildung und Forschung, Familie und Kinder und die öffentliche Infrastruktur. Die Ausgaben müssen dabei den Aufgaben folgen.

ENQUETE-KOMMISSION

Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt

Anlässlich ihrer Klausursitzung am 9. September hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag beschlossen, mit dem eine neue Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt“ eingerichtet werden soll. Ziel ist es, ein neues Verständnis von gesellschaftlichem Fortschritt, individuellem Wohlergehen und nachhaltiger Entwicklung jenseits der Fixierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu entwickeln. Den Antrag wird die SPD gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ins Parlament einbringen.

Neue Ziele unseres Wirtschaftens

Union und FDP betreiben Klientel- und Verschuldungspolitik statt zentrale Weichenstellung für die Zukunft vorzunehmen. Wenn die Bewältigung der Herausforderungen durch die Finanz- und

Wirtschaftskrise misslingt, wird sich die deutsche Wirtschaft für lange Zeit nicht erholen. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, brauchen wir neue Ziele unseres Wirtschaftens.

Dabei müssen nachhaltige Lebensqualität, Teilhabe und sozialer Fortschritt stärker berücksichtigt werden. Es muss uns um eine Wirtschaftspolitik gehen, die Gemeinwohl und Fortschritt verbindet. Wir dürfen uns nach der Krise nicht in biedermeierlicher Manier auf alte konservative und wirtschaftsliberale Glaubenssätze zurückziehen, sondern wir brauchen eine neue Vision von sozial-ökologischem Wachstum, kurz: von Fortschritt.

Tatenlosigkeit beenden – Spielräume nutzen

Die Tiefe und Bedeutung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise darf nicht verkannt werden. Der Regierung fehlen Ideen und Strategien, ihr fehlt die Kraft für konsequentes Handeln. Zu sehen ist nur Abwarten und Schönreden. Aber die konsequente Anti-Krisen-Politik der Großen Koalition darf nicht versickern. Bei der Konjunkturprognose des IWF ist Deutschland bereits herabgestuft worden. Und die Hälfte des Wachstums geht immer noch auf das Konto der Investitionsprogramme aus dem letzten Jahr. Ein neues, selbsttragendes Wachstum gibt es noch nicht. Mit den Konjunkturpaketen haben wir das Schlimmste verhindert.

Was wir jetzt brauchen sind Investitionen in neue Ideen und neue Produkte, Wachstumspolitik mit Gestaltungsspielräumen. Die Bundesregierung jedoch ist gerade dabei, mit ihrer unverantwortlichen Steuerpolitik letzte Spielräume zu verschenken. Sie führt uns mit ihrer Politik zurück in die 90er Jahre, in denen sich die Politik aus den Angelegenheiten der Wirtschaft raushalten soll. Wohin das geführt hat, haben wir ja gesehen.

Sozial-ökologischer Fortschritt

Es kann jetzt nicht darum gehen, einfach so weiter zu machen wie bisher und nur auf das BIP-Wachstum zu schauen. Wir wollen daher über die Frage diskutieren, inwieweit das Bruttoinlandsprodukt uns überhaupt Auskunft über die Lebensqualität der Menschen gibt. Gebraucht wird ein neuer Fortschrittsindikator, in den auch Nachhaltigkeit, Bildung und soziale Teilhabe eingehen. Die Finanzkrise erfordert grundlegendere Konsequenzen als Kurzarbeit und Bankenabgabe. Nachhaltige Lebensqualität und sozialer Fortschritt müssen zum Maßstab von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik werden.

SICHERHEIT UND FAMILIE

Positionspapier zur Zukunft von Wehr- und Zivildienst

In ihrer Fraktionssitzung am 13. September 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion ihr Positionspapier zur Zukunft von Wehr und Zivildienst „Mut zu mehr Verantwortung und Freiwilligkeit – Bundeswehr zukunftsfähig machen und freiwillige soziale Dienste stärken“ einstimmig beschlossen.

Regierung soll Pläne für Reform von Bundeswehr sowie Wehr- und Zivildienst vorlegen

Mit immer neuen, unausgegorenen Reformideen sorgen die Minister zu Guttenberg und Schröder für tiefe Verunsicherung bei Soldatinnen und Soldaten, jungen Menschen und Beschäftigten in der Wehrverwaltung und dem Zivildienst. Zumindest in der Frage der Zukunft des Wehrdienstes scheint der Verteidigungsminister inzwischen aber endlich auf einem richtigen Weg. Wir begrüßen, dass Guttenberg anscheinend das SPD-Konzept eines freiwilligen Wehrdienstes übernehmen will. Er hätte dabei unsere volle Unterstützung. Wir fordern eine rasche Umsetzung dieses Modells, um das mit der Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate angerichtete Chaos innerhalb der Bundeswehr so schnell wie möglich zu beenden.

Freiwilligendienste konsequent ausbauen

Die Bundesregierung ist aufgefordert, die anstehenden Reformen des Wehr- und Zivildienstes als Chance für eine Stärkung unserer Bürgergesellschaft zu verstehen und zu nutzen. Wir fordern einen konsequenten Ausbau der Freiwilligendienste. Die bislang für den Zivildienst verwandten Mittel sind vollständig zur Stärkung der Freiwilligendienste einzusetzen. Einen staatlich organisierten „freiwilligen Zivildienst“ lehnen wir ab. Um möglichst viele junge Menschen für einen freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft – bei der Bundeswehr oder in einem Jugendfreiwilligendienst - zu gewinnen, muss die Bundesregierung attraktive Anreize setzen.

Kein Kahlschlag bei Bundeswehrstandorten und Zivildienstschulen

Die Reformen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten bei Bundeswehr und Zivildienstverwaltung ausgetragen werden. Wir erwarten, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die vorhandenen Strukturen für eine zügige Umstellung auf einen freiwilligen Wehrdienst und die Stärkung der Freiwilligendienste zu nutzen. Einem Kahlschlag bei Bundeswehrstandorten und Zivildienstschulen stellen wir uns entschieden entgegen.

UMWELT

Für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung

Die SPD-Bundestagsfraktion hat auf ihrer Klausursitzung ihr energiepolitisches Konzept „Sozialdemokratische Politik für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Versorgung“ diskutiert. Für die SPD-Fraktion steht fest, am Atomausstieg darf nicht gerüttelt werden. Mit der geplanten Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken kündigen Union und FDP einen Vertrag auf, der auf einer breiten gesellschaftlichen Zustimmung beruhte. Stattdessen will sie eine rückwärtsgewandte Energiepolitik betreiben, die Monopolstrukturen stärkt, Sicherheit gefährdet, das Atommüllaufkommen erhöht, Investitionen in die Erneuerung des Kraftwerkparcs zurück führt und Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien behindert.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert demgegenüber eine Energiewende für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung. Im Zentrum des energiepolitischen Handelns müssen das Thema Effizienz und der massive Ausbau der erneuerbaren Energien stehen.

Die Bundesregierung hat mit den vier großen Energiekonzernen eine Verlängerung der Laufzeiten ihrer Atomkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre vereinbart. Das dafür erforderliche Gesetz will Schwarz-Gelb am Bundesrat vorbei in Kraft setzen, da Union und FDP in der Länderkammer keine eigene Mehrheit hat. Dagegen wollen die SPD-geführten Länder und die SPD-Bundestagsfraktion klagen. Die SPD-Bundestagsfraktion will zudem überprüfen lassen, ob der Vertrag gegen das Grundgesetz verstößt.

Außerdem haben in dieser Woche die Minister Röttgen und Brüderle den Entwurf für ein Energiekonzept vorgestellt. Kern sind die längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke. Damit stellt die Koalition das Prinzip der Zukunftsplanung auf den Kopf. Wo will man hin und welche Mittel führen zum Ziel – diese Fragen müsste ein seriöses Zukunftskonzept beantworten können. Die Koalition hat aber in der Energiepolitik nur einen gemeinsamen Nenner: Die Atomkraft erhalten. Um diese Vorgabe strickt sie nun ein Konzept, das nur dem Zweck dient, diesen politischen Willen zu stützen. Ob es Alternativen gibt, wird nicht untersucht. Das so genannte Energiekonzept der schwarz-gelben Bundesregierung ist rückwärtsgewandt und bleibt jenseits der Atompolitik unkonkret und ungläubwürdig.